

erschieden in der Fiff-Kommunikation,
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Stefan Hügel

Ereignis-Log 3/2008

Seit August gab es wieder eine Reihe von Ereignissen, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung kann nicht vollständig sein; die Aufzählung einiger besonders bedeutsamer Ereignisse soll aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen. Eine eigene Rubrik verdient dieses Mal die wachsende Zahl von Daten„verlusten“ bei Behörden und Wirtschaftsunternehmen.

8. August 2008: In Österreich soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, dass Beamte und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch private E-Mail, die sie über ihre dienstlichen Postfächer erhalten, offenlegen müssen. Bisher ist das nur bei dienstlichen E-Mails erlaubt (Quelle: Heise).

2. September 2008: Google veröffentlicht eine Beta-Version des neuen Internet-Browsers Chrome. Die – vor allem in vielen Medien – vorherrschende Euphorie kühlt sich ab als bekannt wird, dass die Version noch erhebliche Sicherheitslücken aufweist und – zum Beispiel durch eine eigene ID pro Browser und der regelmäßigen Kontaktaufnahme mit den Servern von Google – Bedenken von Datenschützern hervorruft (Quelle: Spiegel Online, Heise).

3. September 2008: Die Bundesregierung legt eine Statistik vor, nach der zwischen Mai und Juli in 934 Strafverfahren auf verdachtsunabhängig gespeicherte Verbindungs- und Standortdaten zugegriffen worden ist. Der AK Vorratsdatenspeicherung verweist darauf, dass in den meisten Fällen ohnehin Abrechnungsdaten vorgelegen hätten und zitiert eine Studie des Max-Planck-Instituts, nach der nur in 0,01% aller Verfahren tatsächlich die notwendigen Verbindungsdaten gefehlt hätten (Quelle: Heise).

4. September 2008: Der von Bundesinnenminister Schäuble veranstaltete „Datenschutzgipfel“ hat sich auf die Schließung von Lücken im Datenschutzrecht geeinigt. Insbesondere sollen Adressdaten künftig nur noch mit Einwilligung der Betroffenen weitergegeben werden dürfen – bisher mussten sie der Wei-

tergabe widersprechen. Schäuble, der in anderen Fällen häufig schnell für die Verschärfung von Gesetzen eintritt, hatte sich dieses Mal zunächst skeptisch gegenüber Gesetzesänderungen gezeigt (Quelle: Heise).

9. September 2008: Die Berliner Verkehrsbetriebe wollen einen „Musterbahnhof“ für intelligente Videoüberwachung einrichten. Dabei sollen auch die biometrische Gesichtserkennung und die Erfassung von Bewegungsabläufen getestet werden (Quelle: Heise).

11. September 2008: Nach einer Warnung der britischen Organisation Statewatch soll das künftige Fünfjahresprogramm der EU zur Innenpolitik uneingeschränkte Befugnisse zum Sammeln und Auswerten von Daten der Bürger vorsehen (Quelle: Heise).

11. September 2008: Die Wohnung des Pressesprechers der Piratenpartei Deutschland wird von Polizeibeamten durchsucht. Hintergrund der Durchsuchung war die Suche nach einem Informanten, der der Piratenpartei ein Dokument aus dem Münchener Justizministerium zugespielt hatte. Der Inhalt des Dokuments führte zu der Vermutung, dass in Bayern bereits Internettelefonate durch Trojaner überwacht werden. Die Piratenpartei wertet die Durchsuchung als Einschüchterungsversuch (Quelle: Piratenpartei, Heise).

15. September 2008: Die Polizei in Großbritannien baut ihr Überwachungssystem zur Fahrzeugerkennung aus. Die Zahl der überwachten Fahrzeuge soll dabei von ca. 10.000.000 auf 50.000.000 gesteigert werden (Quelle: Guardian).

17. September 2008: Laut dem Landesbeauftragten für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt wurde Videoüberwachung im Magdeburger Justizzentrum dazu benutzt, das Verhalten eines Bediensteten am Arbeitszeiterfassungsgerät zu beobachten (Quelle: Heise).

19. September 2008: Der Bundesrat spricht sich für die Verschärfung der Novelle des Personalausweisgesetzes aus. Gefordert werden vor allem erweiterte Zugriffsmöglichkeiten auf die gespeicherten persönlichen Daten (Quelle: Heise).

19. September 2008: Nach scharfen Protesten, auch von Regierungsmitgliedern, wurde die Verordnung für die geplante zentrale Polizei- und Geheimdienstdatenbank Frankreichs EDVIGE (Exploitation documentaire et valorisation de l'information générale) entschärft. Änderungen betreffen vor allem die Erfassung von Daten zur Gesundheit und zur sexuellen Orientierung. Kritikern gehen die Änderungen nicht weit genug (Quelle: Heise).

20. September 2008: Laut der Antwort des hessischen Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage hat die hessische Polizei seit 2005 83mal privaten Telefon-, Internet- oder sonstigen Telekommunikationsverkehr angezapft (Quelle: Heise).

20. September 2008: Der Bundesrat hat verfassungsrechtliche Bedenken gegen den elektronischen Einkommensnachweis (ELENA) geäußert. Mit dem ELENA-Verfahren werde eine der größten Datensammlungen mit personenbezogenen Daten in Deutschland entstehen. Die zentrale Speicherung der Beschäftigungs- und Verdienstdaten stelle einen erheblichen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar (Quelle: Bundesrat, Heise).

23. September 2008: Das EU-Parlament nimmt einen Bericht entgegen, der die politische Einigung des EU-Rates zum Datenschutz im Bereich innere Sicherheit scharf kritisiert. Der ursprüngliche Vorschlag sei „seines Inhalts beraubt“ worden; das Datenschutzniveau, auf das man sich geeinigt habe, weise erhebliche Defizite auf (Quelle: Heise).

27. September 2008: Einem Verdacht der Rechtsanwälte der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom, Herta Däubler-Gmelin und Gerhart Baum, zufolge hat die Deutsche Telekom neben Telefonverbindungsdaten auch E-Mails ausgewertet. Dokumenten zufolge, die der Staatsanwaltschaft vorlägen, habe die Sicherheitsabteilung nahezu uneingeschränkter Zugriff auf alle wesentlichen Daten gehabt (Quelle: Spiegel, Heise).

28. September 2008: Der Bundesrechnungshof hat in einer vertraulichen Stellungnahme das Vorhaben von Innenminister Schäuble, eine „Bundesabhörsentrale“ der Sicherheitsbehörden zu schaffen, scharf kritisiert. Das Bundesverwaltungsamt habe bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung „im Auftrage des Bundesinnenministeriums“ die Parameter so lange geändert, bis sich ein günstiges Ergebnis für das gewünschte Modell ergeben habe. Nach eigenen Berechnungen des Bundesrechnungshofs ergäben sich keine Vorteile. Die Errichtung einer gemeinsamen Abhörsentrale war mit Kosteneinsparungen begründet worden (Quelle: Spiegel, Heise).

29. September 2008: Die Chefin der Mozilla-Stiftung erklärt, dass sie die Sammlung und anonymisierte Bereitstellung von Nutzerdaten für sinnvoll halte. Entsprechende Pläne waren im Mai bekannt geworden (Quelle: Heise).

29. September 2008: Der geschäftsführende hessische Innenminister Bouffier stellt Vorschläge der geschäftsführenden Landesregierung zum Landesgesetz über die öffentliche Sicherheit



Stefan Hügel

Stefan Hügel ist stellvertretender Vorsitzender des FIF. Er arbeitet als IT-Berater und lebt in München.

und Ordnung vor. Enthalten ist die Einführung der unbemerkten Online-Durchsuchung und eine Neuregelung der aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts gestoppten Aufzeichnung von Kfz-Kennzeichen (Quelle: Heise).

2. Oktober 2008: Berichten zufolge werden durch die VoIP-Software Skype in China Textnachrichten mit „problematischen“ politischen Inhalten überwacht, gespeichert und blockiert. Das Unternehmen räumte die Verstöße ein und bezeichnete sie als „Sicherheitsproblem“, das durch den zuständigen Partner mittlerweile behoben sei (Quelle: Heise).

9. Oktober 2008: Ein Vertreter des Bundesinnenministeriums betonte auf der Konferenz zu Diensten im europäischen Meldewesen in Berlin, dass die Bundesregierung trotz der jüngsten Datensandale keinen Anlass sehe, Pläne zur Einrichtung eines zentralen Bundesmelderegisters zu revidieren (Quelle: Heise).

11. Oktober 2008: Laut des Jahresberichts der National Policing Improvement Agency ist die nationale Gendatenbank Großbritanniens innerhalb eines Jahres um die Genprofile von ca. 720.000 Menschen gewachsen. Insgesamt sind die Profile von mehr als 4 Millionen Menschen gespeichert, das entspricht ca. 5% der Gesamtbevölkerung (Quelle: Heise).

11. Oktober 2008: In Berlin findet die bisher größte Demonstration für den Datenschutz und gegen Überwachungswahn statt. In einem ca. zwei km langen Zug forderten nach Schätzungen bis zu 100.000 Demonstranten den Abbau von Massenüberwachung, den Stopp weiterer Überwachungsmaßnahmen und die Überprüfung bereits bestehender Gesetze (Quelle: AK Vorratsdatenspeicherung, Heise).

11. Oktober 2008: Der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) warnt vor Schäden für Medien, Druckindustrie, Post, Adressunternehmen und Dialogagenturen durch „überzogenen Datenschutz“. Er reagiert damit auf die Ankündigung eines Gesetzentwurfs, nach dem in die Weitergabe persönlicher Daten ausdrücklich eingewilligt werden muss (Quelle: ZAW, Heise).

13. Oktober 2008: Die Wiener Verkehrsbetriebe sollen Aufzeichnungen aus der Videoüberwachung illegal ausgewertet haben. Außerdem sollen Aufzeichnungen länger als zulässig gespeichert und dabei nicht wie vorgeschrieben verschlüsselt werden. Einzelne Kameras sind möglicherweise so angebracht, dass sie Bereiche aufzeichnen, die nicht aufgezeichnet werden dürfen (Quelle: Wiener Zeitung).

14. Oktober 2008: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat den Bürgerrechtsorganisationen, die sich gegen die Vorratsdatenspeicherung wenden, „unverantwortliche“ Erzeugung von Ängsten vorgeworfen. Er verteidigte erneut die Protokollierung von Nutzerdaten angesichts der Ereignisse am 11. September 2001 als richtig. Man würde auch nicht das Telefonbuch verbieten, weil mit den darin enthaltenen Daten Missbrauch getrieben werden könne (Quelle: Heise).

15. Oktober 2008: In Australien soll ein System getestet werden, das Internet-Inhalte gemäß einer von der Telekommunikations-Regulierungsbehörde vorgegebenen Blacklist ausfiltert. Damit sollen illegale und nicht für Kinder geeignete Inhalte blockiert werden (Quelle: Heise).

15. Oktober 2008: Die britische Regierung will Polizei und Geheimdiensten Zugang zu persönlichen Daten der Nutzer von Internet-Services wie Facebook ermöglichen. Damit soll verhindert werden, dass durch die Kommunikation über solche Dienste die Überwachung des Telefon- und E-Mail-Verkehrs umgangen wird (Quelle: Guardian).

18. Oktober 2008: Laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua soll ab 2009 jeder Besucher eines Internet-Cafés in China zuvor fotografiert, identifiziert und erfasst werden (Quelle: Heise).

20. Oktober 2008: Durch ein Video auf YouTube wird bekannt, dass bei der Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 11. Oktober Videoaufnahmen durch die Polizei angefertigt wurden (Quelle: Heise).

23. Oktober 2008: Die europäische Kommission fordert die Zulassung für den Einsatz von Ganzkörperscannern innerhalb der EU. Dazu gibt es bereits Pilotversuche an den Flughäfen von London, Zürich und Göteborg. Der Einsatz dieser „Nacktscanner“ stößt auf weitgehende Ablehnung. Selbst Bundesinnenminister Schäuble – sonst schnell bereit, neue Überwachungstechniken zu fordern – hat scheinbar den erheblichen Symbolwert der Scanner erkannt und lehnt einen Einsatz in Deutschland ab. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) hingegen macht sich bereits Gedanken über die Modalitäten. Die Bundespolizei wird voraussichtlich Ende des Jahres Labortests durchführen (Quelle: Spiegel Online, Heise, Telepolis).

24. Oktober 2008: Nach einer Studie des „Münchener Kreises“ erwartet die große Mehrheit einer Gruppe von 538 Experten, die zur Zukunft und Zukunftsfähigkeit der deutschen IT befragt wurde, dass sich der Schutz der Privatphäre nicht verbessern wird. Nur 10% erwarten eine Verbesserung; 91% stellten fest, dass die Nachverfolgbarkeit von Spuren im Netz immer größer werden wird (Quelle: Heise).

Datenpannen:

Im Folgenden werden „Datenpannen“ zusammengestellt, die seit August bekannt geworden sind. Jeder einzelne Fall ist ein Plädoyer für ein Grundprinzip des Datenschutzes: Datensparsamkeit. Nur bei den politisch Verantwortlichen scheint das noch nicht angekommen zu sein: Weder wird die Vorratsdatenspeicherung in Frage gestellt, noch rückt man von Vorhaben wie einem zentralen Melderegister ab. Vielleicht ja nicht überraschend – wurde doch bereits die zentrale Sammlung von – heute bei Internet-Providern gespeicherten – Vorratsdaten unter staatlicher Kontrolle als Heilmittel für Daten„verluste“ vorgeschlagen (Quellen: Heise, Spiegel).

12. August 2008: Der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zufolge wurden CDs mit Namen, Geburtstagen, Adressen, Telefon- und Kontonummern von ca. 17.000 Bundesbürgern durch eine Firma in Nordrhein-Westfalen verkauft.

26. August 2008: Nach einem Bericht des Identity Theft Resource Center in San Diego hat die Anzahl der Verlustfälle bei Kundendaten in den USA zugenommen. Nachdem 2007 446 Fälle bekannt wurden, beläuft sich die Anzahl 2008 bis August bereits auf 449.

27. August 2008: Bei Ebay wurde eine Festplatte ersteigert, die zehntausende Dateien mit persönlichen Daten einer Gemeinde in Leicestershire enthielt.

4. September 2008: Nach Recherchen des ZDF wurden Passwörter von ca. 56.000 Personen auf einem chinesischen Server gefunden. Hinweisen zufolge weisen die Passwörter Parallelen zu den im Bewerberportal der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) verwendeten auf. Dies wurde von PwC eingeräumt.

10. September 2008: Berichten zufolge wurden mehrere Journalisten im Rahmen der Telekom-Bespitzelungsaffäre ausgeforscht.

17. September 2008: Die Steuer-IDs der vier Millionen Steuerpflichtigen in Norwegen wurden irrtümlich von der Steuerverwaltung auf CD an Zeitungsredaktionen geschickt. Die IDs enthalten u.a. das Geburtsdatum und werden von öffentlichen Institutionen und Unternehmen zur Identifizierung von Personen genutzt.

23. September 2008: Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft hat die Deutsche Telekom auch Telefonverbindungsdaten von DBG-Chef Sommer illegal ausgewertet.

28. September 2008: Aus einem Luftwaffenstützpunkt in Großbritannien wurden drei USB-Sticks mit persönlichen Daten von ca. 50.000 ehemaligen und aktuellen Soldaten gestohlen.

4. Oktober 2008: Die Deutsche Telekom bestätigt einen Bericht des Spiegel, nach dem bei T-Mobile mehr als 17 Millionen Kun-

denstammdaten gestohlen wurden, darunter auch die geschützten Daten von Prominenten.

6. Oktober 2008: Die Tochter T-Mobile der Deutschen Telekom hat jahrelang die Einzelverbindungsnachweise ihrer Aufsichtsräte aufbewahrt. Die Daten waren im Büro des Aufsichtsrats einsehbar.

6. Oktober 2008: Eine Liste der Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei in Berlin, die Telefonnummern, Namen und Dienststellen enthielt, tauchte im Internet auf, nachdem sie zunächst im geschlossenen Mitgliederbereich der Website der Gewerkschaft abgelegt worden war.

10. Oktober 2008: Im britischen Verteidigungsministerium wird eine Festplatte mit persönlichen Daten von ca. 100.000 Soldaten vermisst.

12. Oktober 2008: Einem Bericht des Spiegel zufolge waren die Daten von ca. 30 Millionen Kunden der T-Mobile – einschließlich Bankverbindungen – im Internet einseh- und veränderbar.

16. Oktober 2008: Auf der Internetseite des Kinderkanals waren persönliche Daten von Kindern und Jugendlichen, die sich an einem Internetprojekt des Senders beteiligt haben, zeitweise ungeschützt einsehbar (Quelle: Heise).

18. Oktober 2008: Bei einer Tochtergesellschaft des Axel-Springer-Verlags waren wochenlang persönliche Daten von Anzeigenkunden über das Internet abrufbar (Quelle: Spiegel, Heise).